

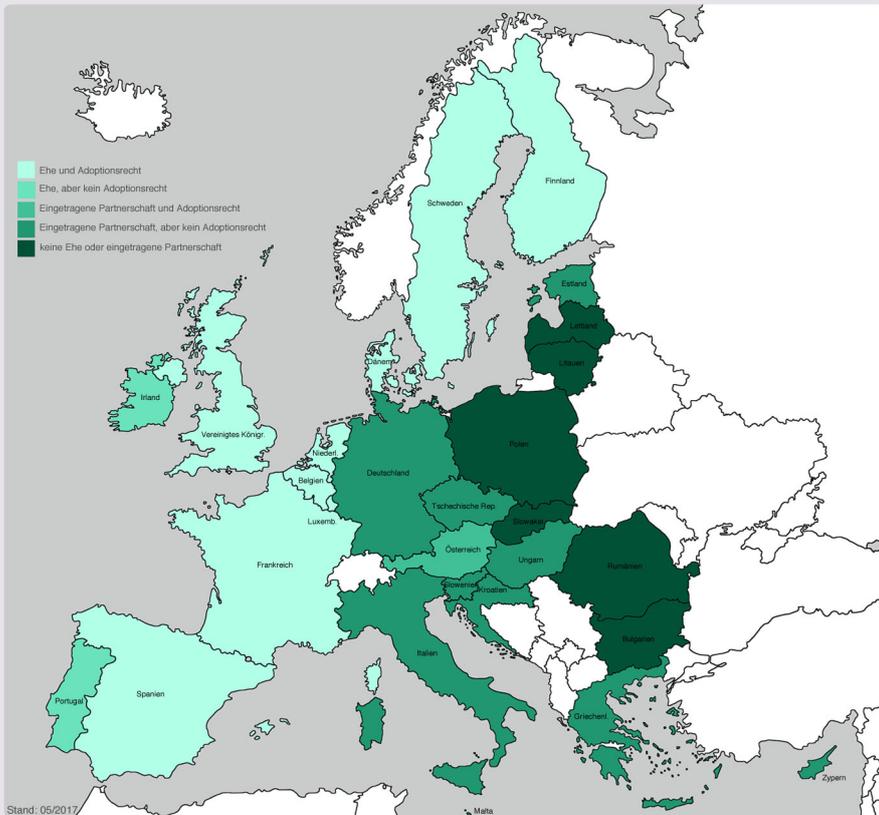


Rechte Homosexueller in der EU



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Überblick



Diskriminierung

In der EU betrug, laut einer 2013 veröffentlichten Erhebung unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, der Anteil der Befragten, die sich aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung diskriminiert fühlten, 47 Prozent. Spitzenreiter waren Litauen (61%), Kroatien (60%) und Polen (57%). Am anderen Ende der Skala fanden sich Tschechien (36%), Dänemark (31%) und die Niederlande (30%). Sechs Prozent aller Befragten erklärten, in ihrer Eigenschaft als LGBT Personen bereits Opfer von Angriffen oder der Androhung von Gewalt geworden zu sein. Und zwei Drittel – in allen EU-Mitgliedstaaten mindestens die Hälfte! – erklärten, in der Öffentlichkeit nicht mit einem gleichgeschlechtlichen Partner Händchen zu halten, weil sie fürchteten, deswegen angegriffen, bedroht oder belästigt zu werden.

Ehe und eingetragene Partnerschaft

Mehr als 20 Staaten haben weltweit die rechtliche Gleichstellung in Form der „Homo-Ehe“ festgeschrieben. In Europa die Benelux-Staaten, Spanien und Portugal, Großbritannien und Irland, Frankreich und die skandinavischen Staaten.

Außerhalb von Europa Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Uruguay, Kanada, Mexiko, Südafrika und zuletzt auch die USA.

In vielen anderen Staaten, so auch in Österreich und Deutschland, bietet die „eingetragene Partnerschaft“ eheähnliche Rechte, meist mit der Ausnahme des Adoptionsrechtes.

Die Lage im Westen

Obwohl immer mehr Länder etwas gegen die Diskriminierung Homosexueller unternehmen, gibt es weiterhin homophobe Tendenzen. Zu beobachten in der „homophoben Bastion“ des Fußballs oder bei schwulenfeindlichen Texten mancher Rapper.

In Italien wurde im Jahr 2016 die Einführung des Gesetzes der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft von Demonstrationen begleitet.

Ähnliches zeigt sich auch außerhalb Europas. In den USA drängen derzeit ultrarechte Gruppierungen den neuen Präsidenten, eine Verordnung zu unterzeichnen, auf deren Basis Arbeitgeber ihre Angestellten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung kündigen, Haus- und Wohnungsbesitzer die Vermietung und Ärzte sogar lebensrettende Maßnahmen verweigern können.

Die Lage im Osten

In vielen EU-Staaten ist die Lage für Schwule und Lesben problematisch. Laut einer Eurobarometer-Umfrage befürworten zwar 44 Prozent der EU-Bürger*innen die Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, jedoch zeigen sich regionale Unterschiede: In den Niederlanden oder Schweden sind es 82 bzw. 70 Prozent, in Polen hingegen nur 17 Prozent, und in Lettland lediglich 12 Prozent.

„Legal, aber keineswegs gleichberechtigt“, lautet der Befund für die meisten osteuropäischen Länder. In einigen Städten (z.B. Warschau, Riga, Bukarest) wurden Gay-Pride-Paraden verboten, an den Stadtrand verbannt oder waren immer wieder Grund für gewalttätige Ausschreitungen radikaler „Homo-Gegner“. In Lettland, seit 2004 EU-Mitglied, wurde 2005 die Verfassung geändert, um gleichgeschlechtliche Ehen unmöglich zu machen. „Der Staat soll Ehen – einen Bund zwischen Mann und Frau – schützen und unterstützen“, heißt es in Artikel 110. Im katholisch geprägten Polen gilt Homosexualität, vor allem unter den Anhänger*innen der reaktionären PiS-Regierung, immer noch als eine Art Krankheit, an der man sich anstecken kann.

Ausnahmen gibt es aber in „Osteuropa“. Im baltischen Estland und in Tschechien besteht das Recht auf eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Und in Ungarn outete sich mit Staatssekretär Gábor Szetey bereits 2007 zum ersten Mal sogar ein hochrangiger Politiker.



International

In vielen anderen Teilen der Welt ist Homosexualität immer noch illegal und wird mit Haft- oder Prügelstrafe bestraft. Zu diesen Ländern zählen die gesamte afrikanische Mittelmeerküste mit Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten, die meisten Länder Ost- und Zentralafrikas, aber auch die Staaten des indischen Subkontinents.

In einigen Staaten kann für Homosexualität immer noch die Todesstrafe verhängt werden – in Mauretanien und dem Sudan etwa, in Saudi-Arabien und im Jemen.



www.politikberatung.or.at



office@politikberatung.or.at



www.facebook.com/oeppp



www.twitter.com/oeppp_vienna